



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für internationalen Handel

2011/0167(NLE)

12.4.2012

ENTWURF EINER EMPFEHLUNG

zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Handelsübereinkommens zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, Australien, Kanada, Japan, der Republik Korea, den Vereinigten Mexikanischen Staaten, dem Königreich Marokko, Neuseeland, der Republik Singapur, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika (12195/2011 – C7-0027/2012 – 2011/0167(NLE))

Ausschuss für internationalen Handel

Berichtersteller: David Martin

Erklärung der benutzten Zeichen

- * Verfahren der Konsultation
- *** Verfahren der Zustimmung
- ***I Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (erste Lesung)
- ***II Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (zweite Lesung)
- ***III Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (dritte Lesung)

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der im Rahmen des Entwurfs eines Rechtsakts vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	5
BEGRÜNDUNG	6

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Handelsübereinkommens zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, Australien, Kanada, Japan, der Republik Korea, den Vereinigten Mexikanischen Staaten, dem Königreich Marokko, Neuseeland, der Republik Singapur, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika (12195/2011 – C7-0027/2012 – 2011/0167(NLE))

(Zustimmung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Entwurfs eines Beschlusses des Rates (12195/2011),
 - in Kenntnis des Entwurfs des Handelsübereinkommens zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, Australien, Kanada, Japan, der Republik Korea, den Vereinigten Mexikanischen Staaten, dem Königreich Marokko, Neuseeland, der Republik Singapur, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika (12196/2011),
 - in Kenntnis des vom Rat gemäß Artikel 207 Absatz 4 und Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe a Ziffer v des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterbreiteten Ersuchens um Zustimmung (C7-0027/2012),
 - gestützt auf Artikel 81 und Artikel 90 Absatz 7 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis der Empfehlung des Ausschusses für internationalen Handel sowie der Stellungnahmen des Entwicklungsausschusses, des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, des Rechtsausschusses und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (A7-0000/2012),
1. verweigert seine Zustimmung zu dem Abschluss des Abkommens;
 2. beauftragt seinen Präsidenten, den Rat davon in Kenntnis zu setzen, dass das Abkommen nicht geschlossen werden kann;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und Australiens, Kanadas, Japans, der Republik Korea, der Vereinigten Mexikanischen Staaten, des Königreichs Marokko, Neuseelands, der Republik Singapur, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Vereinigten Staaten von Amerika zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Die Verhandlungen über das Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie begannen im Juni 2008 und wurden im November 2010 nach 11 Verhandlungsrunden abgeschlossen. Wie bei allen internationalen Übereinkünften fungierte die Kommission auf der Grundlage eines ihr vom Rat erteilten Mandats als Verhandlungsführerin für die Europäische Union. Da es sich bei ACTA um ein „gemischtes Übereinkommen“ handelt, das sich auf Zuständigkeiten sowohl auf Unionsebene wie auf Ebene der Mitgliedstaaten bezieht, waren die Mitgliedstaaten bei den Verhandlungen durch die rotierenden Ratsvorsitze vertreten.

Das Übereinkommen wurde zwischen der Europäischen Union, Australien, Kanada, Japan, Korea, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen. Derzeit wird das Übereinkommen von den Signatarstaaten ratifiziert. In Falle der Europäischen Union ist eine Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten und die Zustimmung seitens des Europäischen Parlaments erforderlich, bevor das Übereinkommen in der EU in Kraft treten kann.

ACTA wurde von den Verhandlungspartnern als ein Handelsübereinkommen definiert, mit dem die Produkt- und Markenpiraterie in gewerblichem Ausmaß durch die Koordinierung der weltweiten Durchsetzung bestehender urheberrechtlicher Bestimmungen bekämpft werden soll. Der Kommission zufolge wird aufgrund von ACTA keine Änderung der europäischen Rechtsvorschriften erforderlich, vielmehr werden im Rahmen von ACTA an den Grenzen Verfahren koordiniert, um Produkt- und Markenpiraterie in großem Stil zu bekämpfen.

Die Probleme, die mit ACTA angegangen werden sollen, sind real und verschärfen sich. Die Produkt- und Markenpiraterie hat ein erhebliches Ausmaß angenommen, und diese Entwicklung setzt sich fort. Die Folgen der Ausweitung dieser illegalen Tätigkeiten reichen von wirtschaftlichen Verlusten bis zu Gefahren für Gesundheit und Sicherheit. Die Europäische Union hat ohne eine wirksame und weltweit durchgesetzte Koordinierung des Schutzes des Urheberrechts viel zu verlieren.

Geistiges Eigentum ist der Rohstoff der Union. Der Berichterstatter vertritt die Auffassung, dass Europa ohne einen angemessenen Schutz der europäischen Mode, von Fahrzeugteilen, Film und Musik im internationalen Wettbewerb nicht bestehen kann. Die weltweite Koordinierung des Schutzes des geistigen Eigentums ist von wesentlicher Bedeutung, um eine wissensbasierte Europäische Union auszubauen und die Beschäftigung in der Union zu sichern und auszuweiten.

In dieser wissensbasierten Wirtschaft ist die Art und Weise, in der wir Informationen austauschen, einem rasanten Wandel unterworfen, und das Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Rechte des geistigen Eigentums und den Grundfreiheiten stellt sich immer wieder neu ein. Internationale Übereinkünfte, die strafrechtliche Sanktionen, Online-Tätigkeit oder intellektuelles Eigentum zum Gegenstand haben, müssen klar und deutlich den Anwendungsbereich des Übereinkommens und den Schutz der Freiheiten des Einzelnen festlegen, um unbeabsichtigte Auslegungen des Übereinkommens zu vermeiden.

Unbeabsichtigte Folgen, die der ACTA-Text haben könnte, geben Anlass zu ernster Besorgnis. Der Berichterstatter hegt weiterhin Zweifel daran, dass der ACTA-Text in Bezug

auf die Kriminalisierung von Einzelpersonen, die Definition des „gewerblichen Ausmaßes“, die Rolle von Internet-Diensteanbietern und die mögliche Unterbrechung des Handels mit Generika so präzise wie nötig ist.

Die beabsichtigten Vorteile dieses internationalen Übereinkommens werden bei weitem durch die potenziellen Gefahren für die bürgerlichen Freiheiten aufgewogen. Aufgrund der Unbestimmtheit verschiedener Aspekte des Textes und der Ungewissheit darüber, wie er ausgelegt wird, kann das Europäische Parlament den adäquaten Schutz der künftigen Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von ACTA nicht garantieren.

Der Berichterstatter empfiehlt dem Europäischen Parlament daher, seine Zustimmung zu dem Abschluss von ACTA zu verweigern. Dabei ist es wichtig festzustellen, dass ein verbesserter Schutz der Rechte des geistigen Eigentums für europäische Hersteller, die sich am internationalen Handel beteiligen, von größter Bedeutung ist. Der Berichterstatter hofft, dass die Kommission im Rahmen der erwarteten Überarbeitung der einschlägigen EU-Richtlinien neue Vorschläge für den Schutz des geistigen Eigentums vorlegen wird.